

Ungleichheit nimmt auch in der Schweiz zu

Die unterschiedliche Betroffenheit durch die Corona-Krise hat die Ungleichheit akzentuiert. Viele mussten Kurzarbeit leisten oder wurden arbeitslos und erlitten deutliche Einkommenseinbußen. Andere, die in so genannten systemrelevanten Bereichen beschäftigt sind, mussten teilweise übermässig viel leisten, um das Funktionieren von Wirtschaft und Gesellschaft sicher zu stellen. Viele dieser Beschäftigten gehören zu den schlecht bezahlten: vor allem Frauen im Care-Bereich, wie Gesundheitswesen oder KITAS, aber auch solche im Detailhandel und in der Versorgung/Entsorgung. Ungewiss ist, wie lang der gegenwärtige Wirtschaftseinbruch anhält, wie sich das Pandemie-Jahr

auf die Einkommen der Bevölkerung auswirkt, wie lang die Arbeitslosigkeit hoch bleibt und ob und wie stark die Armut zunimmt. Teile der Bevölkerung werden mehr und länger an den Folgen der Pandemie zu tragen haben. Andere sind weniger betroffen oder gehören sogar zu den Profiteur*innen der Krise.

Drei Jahre Lohnstillstand

Bereits in den Jahren vor der Pandemie-Krise hat die Ungleichheit in der Schweiz zugenommen. Die Gewerkschaften konnten infolge der Frankenkrisis 2015 nur geringe Lohnerhöhungen aushandeln. Im Durchschnitt erhöhten sich die Löhne seit 2017 um 1.8 Prozent, allerdings stagnierte die Kaufkraft wegen der etwa gleich hohen

Teuerung. In der gleichen Zeit erhöhten sich das Bruttoinlandsprodukt jedoch um satte 5.5 Prozent und die Arbeitsproduktivität um 5.2 Prozent. Die Gewinner der letzten Jahre waren demzufolge Unternehmen und Vermögensbesitzer*innen. Die Nettogewinne der Unternehmen stiegen in der gleichen Zeit um fast 10 Prozent! Die Verteilung des Wohlstands hat sich somit deutlich von den Lohnarbeitenden zum Kapital verschoben.

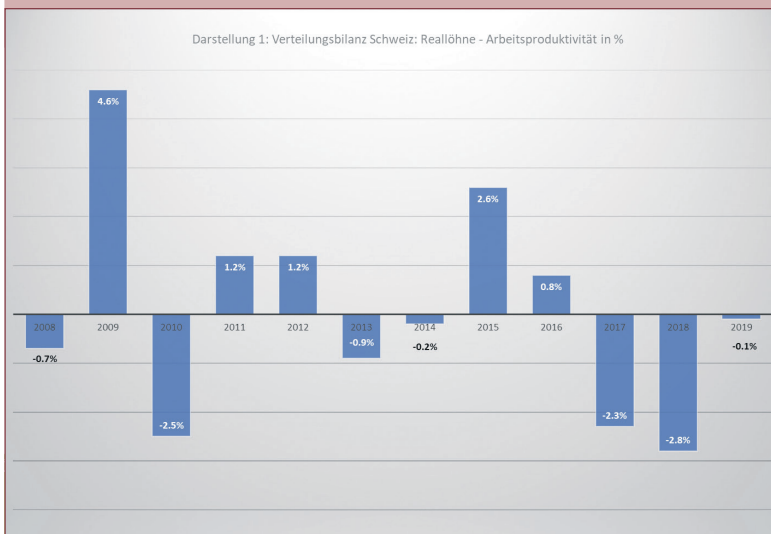
Durch die Corona-Krise werden sich hier grössere Verschiebungen ergeben, weil die Einkommen vieler Haushalte wegen Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Lohnkürzungen bedroht sind. Personen im unteren Teil der Einkommens-

pyramide sind davon besonders betroffen.

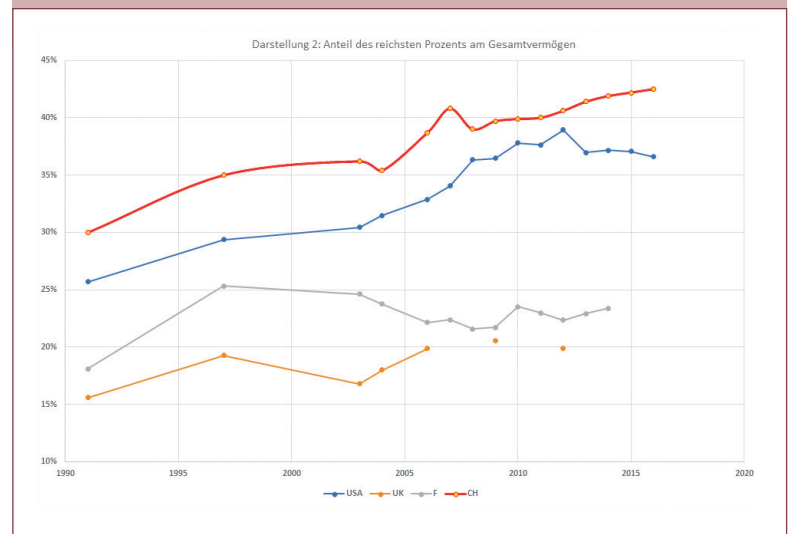
Verteilung des Wohlstands: Die Schere geht auf

Die Vermögen sind in der Schweiz im Vergleich mit anderen Ländern ausgesprochen ungleich verteilt: Ein Prozent der Bevölkerung verfügt inzwischen über 42.5 Prozent aller Vermögen. Fast ein Viertel der Haushalte hat kein Vermögen oder sogar Schulden. Über 55 Prozent der Haushalte verfügen über keine oder nur geringe Vermögen (d.h. sie haben weniger als 50'000 Franken). Die Reichsten haben auch in den letzten 10 Jahren nochmals zugelegt. Schaut man weiter zurück, wird diese Umverteilung von unten nach oben noch deutlicher:

Quellen: Lohnindex BFS, Arbeitsproduktivität nach tatsächlichen Arbeitsstunden, BFS. Ein negativer Wert bedeutet, dass die Reallöhne der Arbeitsproduktivität hinterherhinken, d.h., in diesem Ausmass hat sich die Verteilung von der Arbeit zum Kapital verschoben. Übersteigt der Zuwachs der Reallöhne denjenigen der Arbeitsproduktivität, hat sich die Verteilung zu Ungunsten der Arbeitnehmenden entwickelt.



Quellen: ESTV, Gesamtschweiz. Vermögensstatistik, div. Jahre. World Inequality Data WID





Koeffizienten und damit eine gleichere Verteilung als die Schweiz. Spanien und das Vereinigte Königreich haben einen höheren Koeffizienten. In den meisten Ländern ist die Verteilung der Einkommen ungleicher geworden, weil besonders die hohen und ganz hohen Einkommen in den letzten 10 Jahren überdurchschnittlich zugelegt haben.

Hinzu kommt, dass das schweizerische Steuersystem keineswegs die Umverteilungsmaschinerie ist, als die es manchmal dargestellt wird. Tatsächlich zeigen OECD-Zahlen, dass der Rückverteilungseffekt der Steuern hierzulande deutlich kleiner ist als in vielen anderen Ländern. Gutverdienende wurden in den letzten Jahrzehnten durch verschiedene Steuerreformen entlastet. Besonders die Unternehmenssteuern wurden stark reduziert. Unter Berücksichtigung der letzten Unternehmenssteuerreform STAV zahlen «ordentlich besteuerte» Unternehmen nur noch halb so viel Steuern wie vor 40 Jahren.

So besass das wohlhabendste Prozent der Steuerzahlenden in der Schweiz bereits in den 1980er und 1990er Jahren mit rund einem Drittel einen sehr hohen Anteil aller Vermögen und konnte diesen Anteil noch erheblich erhöhen: Von 30 Prozent im Jahr 1990 ist dieser auf über 42 Prozent (2016) angestiegen.

Während die Ungleichheit bei den Vermögen auch im internationalen Vergleich sehr ausgeprägt ist, liegt die Schweiz bei der Einkommensverteilung mit einem Gini-Koeffizienten von 0.30 im Mittelfeld der OECD-Länder. Viele europäische Staaten, wie zum Beispiel die skandinavischen Länder, Belgien und Frankreich, haben einen tieferen

Armut nimmt zu

Während sich der Reichtum zunehmend an der Spitze der Gesellschaft konzentriert, hat die Zahl der von Ausgrenzung und Armut Betroffenen zugenommen. So weist die Sozialhilfe- und die Armutsquote seit 2013 eine stei-

gende Tendenz auf und trotz Wirtschaftswachstum hat die Erwerbslosenquote bis 2019 nur wenig abgenommen.

Die Corona-Krise hat im ersten Quartal 2020 zu einem noch nie da gewesenen Anstieg der Kurzarbeit und einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Ende April waren 1.3 Millionen Arbeitnehmende auf Kurzarbeit gesetzt, was fast einem Drittel aller Arbeitnehmenden entspricht. Ende Juni waren es immer noch fast eine halbe Million. Auch die Arbeitslosigkeit ist im August 2020 gegenüber dem Vorjahresmonat um 51'000 oder mehr als 50% angestiegen. Bis Anfang 2021 wird mit einem Anstieg der Erwerbslosenquote auf 6 Prozent gerechnet, das wäre der höchste Wert der letzten 50 Jahre. Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit und Erwerbsausfälle könnten viele Familien und Alleinstehende in diesem und im nächsten Jahr in die Armut und in die Abhängigkeit von Sozialleistungen treiben.

Rückverteilung nötig

Die zunehmende Ungleichheit, die durch die Corona-Krise noch verschärft wird, ruft nach einer Gegenstrategie, um eine weitere Polarisierung der Gesellschaft zu verhindern. Nötig sind höhere Löhne, insbesondere für Geringverdienende, eine Rückverteilung über die Steuern sowie eine

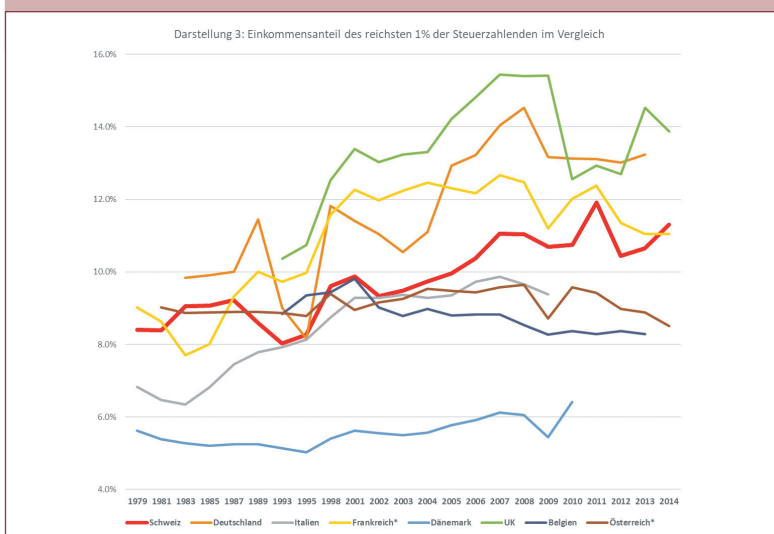


neue Sozialpolitik. Im Weiteren geht es auch um die Aufwertung der Care-Arbeit, eine Arbeitszeitverkürzung und eine Lohnobergrenze für Topverdienende. Zur Stabilisierung der Beschäftigung nach der Corona-Krise und auch für die Klimawende braucht es zusätzliche öffentliche Mittel. Diese müssten durch eine Abgabe auf den Spitzenvermögen und/oder eine höhere Besteuerung der Vermögenseinkommen sowie eine Erbschaftsteuer finanziert werden. Zudem sollen die Unternehmenssteuern wieder auf ein höheres Niveau angehoben und harmonisiert werden.

Hans Baumann,
Robert Fluder

Quelle: World Inequality Database WID.

*Frankreich und Österreich: Basis Steuerbares Einkommen der erwachsenen Personen, bei den anderen Ländern: Basis Steuerbares Einkommen der Steuerzahlenden.



Quellen: BFS SAKE, Sozialhilfestatistik, Statistik über Armut und materielle Entbehrung (SILC).

Armutsquote der Erwerbstätigen: Anteil der Personen, die in einem Haushalt leben mit einem Einkommen unter 50% des mittleren Einkommens.

